

Integration trotz Differenz - der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union

Vobruba, Georg

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Vobruba, G. (2006). Integration trotz Differenz - der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 339-351). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-145300>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Integration trotz Differenz – Der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union

Georg Vobruba

1. Einleitung

Im Folgenden werde ich aus einem Theorieansatz zur Entwicklung der Europäischen Union, den ich in mehreren Beiträgen in den letzten Jahren entwickelt habe, eine Prognose¹ zu den Beitrittsperspektiven der Türkei zur EU ableiten. Sie lautet: Die Türkei wird in einem Zeithorizont von etwa zwölf Jahren Mitglied der Europäischen Union werden. Allerdings wird die Europäische Union bis dahin ihre Integrationsform verändert haben: Die Türkei wird einer Europäischen Union mit abgestufter Integration beitreten.

Ich leiste keinen Beitrag zur Klärung der Wünschbarkeit einer EU-Mitgliedschaft der Türkei. Es geht mir nicht um die Frage, ob die Türkei Mitglied der EU werden soll. Ich wüsste übrigens weder, anhand welcher Kriterien ich dies entscheiden sollte, noch, wer sich für diese meine Entscheidung interessieren könnte. Vielmehr nehme ich die Argumente für und gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei selbst als empirische Daten und untersuche, welche dieser Argumente politisch relevant sind; das heißt, ich frage, ob sie tatsächlich zur Erklärung der Entscheidung der EU für oder gegen die Mitgliedschaft der Türkei beitragen. Es kommt also nicht darauf an, Entscheidungskriterien zu sammeln, sondern soziologisch zu beobachten, welche Kriterien im Entscheidungskontext als relevant angesehen werden. Meine Frage lässt sich also nur im Wege einer Beobachtung zweiter Ordnung erschließen: Es geht darum, soziologisch zu beobachten und zu erklären, wie das Verhältnis zwischen der EU und der Türkei in der politischen Praxis beobachtet und interpretiert wird und welche Argumente für/gegen eine zukünftige EU-Mitgliedschaft der Türkei daraus gemacht werden. Erst auf der Grundlage dieser Beobachtung zweiter Ordnung lassen sich soziologische Argumente für die Wahrscheinlichkeit einer EU-Mitgliedschaft der Türkei gewinnen.

¹ Ich habe diese Prognose am 5. Oktober 2004 vorgetragen. Die Kommission der EU gab ihre Empfehlung, mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, am 6. Oktober ab, der Rat beschloss am 17. Dezember 2004, am 3. Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen. Die Argumente, die ich hier nur skizzieren kann, finden sich detailliert ausgearbeitet in Vobruba (2005).

2. Die Theorie der Dynamik Europas

Der Theorieansatz, der den Rahmen für meine Prognose bildet, besteht aus zwei Argumentationslinien, der Rekonstruktion der Expansionsdynamik der Europäischen Union und der Erklärung des zunehmenden Widerspruchs zwischen Vertiefung und Erweiterung.

2.1 Die Expansionslogik

Die territoriale Entwicklung der EU wird von einer Expansionsdynamik dominiert, in der sich ein Muster konzentrischer Kreise reproduziert (vgl. Vobruba 2001, 2005). Peripherien rund um den wohlhabenden Kernbereich der EU wurden sukzessive in die EU integriert, der Kernbereich wurde so erweitert und weitere Peripherien in die Expansionsdynamik einbezogen.

Wie lässt sich dieses Expansionsmuster erklären? Im Kernbereich der EU besteht besondere Resonanzfähigkeit für all jene Probleme der Peripherie, welche die Tendenz haben, in den wohlhabenden Kern auszustrahlen. Daraus ergeben sich zwei Typen von Politik: Zum einen sind dies Versuche der Exklusion, also der Grenzschießung und der Abwehr von übergreifenden Problemen, zum anderen ist es kalkulierte Inklusion in der Absicht präventiver Problembewältigung an ihren Entstehungsorten, also partielle Partizipation der Peripherie am Wohlstand des Kerns, mit der Perspektive auf Vollmitgliedschaft. Dabei dominiert Politik der Inklusion in dem Maße, in dem sich herausstellt, dass Exklusions-Politik nicht oder nur vorübergehend geeignet ist, den Interessen des wohlhabenden Kerns zuzuarbeiten. Dies ist immer dann der Fall, wenn es um die Bewältigung von technisch oder politisch nicht aufhaltbaren grenzüberschreitenden Problemen der Peripherie geht. Der Antrieb der Expansionsdynamik ist das politische Motiv »eigennützige Hilfe« (vgl. Vobruba 1992): Hilfe bei der Problembewältigung des Nachbarn, um selbst von dessen Problemen verschont zu bleiben. Im Zuge der Politik kalkulierter Inklusion durchlaufen Kern und Peripherie eine Phase, in der ihr Verhältnis von einem politischen Tausch bestimmt wird: Der Kern bietet der Peripherie (eigennützige) Hilfe und eine Perspektive auf spätere Vollmitgliedschaft, die Peripherie übernimmt im Gegenzug die Funktion einer Pufferzone zwischen dem wohlhabenden Kern und der weiteren Peripherie. Sobald eine (alte) Peripherie voll in die EU integriert ist, entwickelt sie selbst ein starkes Interesse an einer ihr vorgelagerten Pufferzone, also an der kalkulierten Inklusion ihrer Peripherie, woraus dort wiederum weiter gehende Integrationserwartungen entstehen. Das ist das Grundmuster der Theorie der Dynamik Europas (vgl. Vobruba 2005).

2.2 Der zunehmende Widerspruch zwischen Vertiefung und Erweiterung

Die Expansion der EU gerät freilich an Grenzen. Weitere Expansionsschritte sind mit immer höheren Integrationskosten verbunden. Die Hauptprobleme ergeben sich aus der Zunahme der Anzahl an Mitgliedern und aus der zunehmenden Vielfalt innerhalb der EU. Die zunehmende Zahl an Mitgliedern führt zu exponentiellem Ansteigen der Anforderungen an die institutionelle Komplexitätsbewältigung in der EU. Dieses Problem manifestiert sich vor allem im Widerspruch zwischen der Notwendigkeit und den Möglichkeiten, durch Mehrheitsverfahren zu verbindlichen politischen Entscheidungen zu kommen (vgl. Vobruba 2005). Weiter entstehen Probleme aus den ökonomischen Unterschieden zwischen den Mitgliedsländern und innerhalb einzelner Mitgliedsländer. Eine Konstante der politischen EU-Programmatik, nämlich dass »widening must not go at the expense of deepening« (European Commission 1992: 12), steht damit in Frage. Denn der Widerspruch zwischen Erweiterung und Vertiefung, der nur mittels deutlich höherer finanzieller Aufwendungen zu bewältigen wäre, führt die EU in ein Trilemma (vgl. Heidenreich 2003: 318ff.). Sie steht vor der Wahl, entweder mehr Umverteilung betreiben zu müssen (was die Nettozahler ablehnen), oder sich mit einem anspruchslosen Integrationsniveau zufrieden zu geben, oder die Idee einheitlicher Integration zugunsten einer abgestuften Integration aufzugeben.

3. Eine politische Entscheidung

Bei der Suche nach Kriterien, die im Kontext der Entscheidung für oder gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei als relevant angesehen werden, lasse ich mich erst einmal von der Vermutung leiten, dass es sich dabei um eine politische Entscheidung handelt. Für die Beantwortung der soziologischen Frage nach der Wahrscheinlichkeit eines EU-Beitritts der Türkei sind also die Relevanzkriterien von Politik entscheidend. Dies führt zu der Frage: Was sind politisch relevante Kriterien?

Aus der großen Zahl an Aspekten, aus denen sich Argumente für/gegen den EU-Beitritt der Türkei konstruieren lassen, kommen als Ursachen der Entscheidung für oder gegen den Beitritt jene in Frage, die sich in die Logik der Politik einpassen lassen. Man kann in der Perspektive eines erweiterten Ansatzes des »Interesses des Staates an sich selbst« oder des politischen Systems als autopoietischem System davon ausgehen, dass mit politischen Entscheidungen Machterhaltung und Macht- ausbau intendiert, Machtverlust dagegen vermieden wird. Dies bedeutet keineswegs, dass – wie ein populärer Vorwurf lautet – Politiker bei ihren Entscheidungen sich

von nichts anderem als von ihrem egoistischen Interesse an Machterhalt leiten lassen. Eine solche Sicht personalisiert in unzulässiger Weise die Logik von Politik. Politische Entscheidungen müssen an den Regeln der Reproduktion politischer Macht orientiert werden. Die Logik von Politik konstituiert sich daraus, dass politische Entscheidungen so getroffen werden, dass die Reproduktion der politischen Machtposition der Entscheidungsinstanz wenigstens als Nebenbedingung immer mit verfolgt wird. Dies determiniert die Entscheidungen zwar nicht, definiert aber den Möglichkeitenraum für Politik.

Um diese Argumentationsfigur empirisch handhabbar zu machen, muss man sie handlungstheoretisch unterfüttern: Wie werden Gründe als politisch relevant/nicht relevant sortiert? Dieser Vorgang lässt sich zwar als Systemlogik darstellen, nicht aber erklären. Denn er wird nicht von ihr bewirkt, sondern ergibt sich aus Wahrnehmungen, Kalkülen und Handlungen von politischen Akteuren. Der binäre Code »Macht haben/nicht haben« verweist auf die Relationierung unterschiedlicher machtorientierter politischer Akteure (Personen, Institutionen) untereinander; ebenso auf die unterschiedlichen politischen Ebenen, auf denen diese Relationierungen stattfinden, also Machtpositionen erlangbar sind. Die Frage nach den empirisch wirksamen Ursachen für/gegen den EU-Beitritt der Türkei lässt sich darum so formulieren: Welche Aspekte im Verhältnis von Türkei und EU werden für die unterschiedlichen machtorientierten politischen Akteure zu Gründen für/gegen den EU-Beitritt der Türkei unter dem systemischen Gesichtspunkt, auf den unterschiedlichen politischen Ebenen Macht zu erlangen/zu erhalten?

Damit stellen sich zwei Fragen, die ich in zwei Argumentationsschritten abarbeiten werde:

- Welche Aspekte eines EU-Beitritts der Türkei sind für Macht haben/nicht haben relevant und können darum zu politischen Ursachen werden?
- Was sind die relevanten Politikebenen, auf denen es um Macht haben/nicht haben geht?

Die erste entscheidende Frage ist also: Welche Eigenschaften, Aspekte, Besonderheiten weist die Türkei auf, die von politischen Akteuren auf den drei politischen Ebenen als wichtig oder störend für »Machtüberlegenheit« angesehen werden und darum zu Gründen für oder gegen den Beitritt der Türkei zur EU gemacht werden? Die relevanten Themengruppen sind: Kulturelle Differenzen, ökonomische Unterschiede, die türkische Minderheit in der EU und die spezielle geopolitische Lage der Türkei (vgl. auch Große Hüttmann 2005).

4. Zum Verhältnis zwischen der Türkei und der EU

4.1 Kulturelle Differenzen

(a) Der hysterisch² kulturalistische Diskurs. Hier werden die kulturellen Besonderheiten der Türkei in Relation zur europäischen Geschichte und zu einer aus ihr erwachsenden »europäischen Identität« bestimmt. »Im Islam fehlen die für die europäische Kultur entscheidenden Entwicklungen der Renaissance, der Aufklärung und der Trennung zwischen geistlicher und politischer Autorität.« (Schmidt 2004: 162) Die Genese einer europäischen Identität wird in »gemeinsame(n) historische(n) Erfahrungen und Prägungen« (Winkler 2004: 271), also in der gemeinsam erfahrenen Geschichte verankert, ihre Funktion schlicht als »unverzichtbar« (Wehler 2004a: 7; vgl. Winkler 2004: 271) bezeichnet.³ Der entscheidende Aspekt der Fremdheit der Türkei wird in der Religion gesehen und der Gefahr der Majorisierung Europas durch diese Fremdheit. In mehreren Diskussionsbeiträgen wird betont, dass sich im Schutz der Europäischen Religionsfreiheit der Islam breit machen werde – und zwar in der Türkei und anderswo: »Tatsache ist, dass es in Europa nach dem türkischen Beitritt mehr Muslime als Protestanten gäbe.« (Jäger 2004: 30)

(b) Der hoffnungslos politikabstinente Diskurs. Während der hysterisch kulturalistische Diskurs offen auf politischen Einschluss zielt, zeichnen sich die Beiträge zur empirischen Erforschung von kulturellen Differenzen zwischen der EU und der Türkei durch programmatische Politikabstinenz aus. Die Sozialwissenschaften hätten weder die Aufgabe noch überhaupt die Möglichkeit, als Wissenschaft aus ihren Ergebnissen auf politisch Wünschenswertes zu schließen. Das trifft zu, dennoch ist Politikabstinenz ein hoffnungsloses Programm.⁴ Denn der soziologischen Beobachtung kann nicht verborgen bleiben, dass die empirischen Ergebnisse soziologischer Beobachtung selbst wieder in politische Verwertungszusammenhänge geraten. Es

2 Ich verwende den Begriff »Hysterie« hier in dem präzisen Sinn einer über das Wegfallen ihrer Ursache hinaus persistenten Wirkung. Vom 14. bis zum 17. Jahrhundert stand Europa unter dem Eindruck der aggressiven Westexpansion des Osmanischen Reichs (vgl. Matschke 2004). In den Jahren 1529 und 1683 wurde Wien von Türkischen Heeren belagert (nicht erobert!). Im Jahr 2004 warnt der EU-Kommissar Frits Bolkestein vor einem Beitritt der Türkei zur EU mit dem Hinweis, mit einem Beitritt der Türkei zur EU und der damit drohenden Islamisierung Europas sei »die Befreiung von Wien 1683 umsonst gewesen« (Süddeutsche Zeitung v. 9.9.2004: 8; vgl. dazu die Todesrhetorik bei Wehler (2004a: 57) und – moderater – bei Winkler (2004: 272)).

3 Solche Texte stehen in der langen Tradition der Konstruktion einer Europäischen Identität durch Differenzbildung zum »Orient« (vgl. Said 2003: 2, 12, 332).

4 Dass sozialwissenschaftliche Forschung weder den Entstehungszusammenhang noch den Verwendungszusammenhang ihrer Ergebnisse abschütteln kann, ist eine der langfristig stabilen Einsichten aus dem Positivismusstreit (vgl. Adorno u.a. 1972). Dagegen lässt sich mit Parteinahme nichts ausrichten; weder mit politischer Parteinahme, noch mit Parteinahme gegen politische Parteinahmen.

lässt sich schlicht nicht ignorieren, dass sich sowohl politische Akteure der empirischen Ergebnisse bedienen als auch, dass der hysterische Diskurs sich der Autorität des politikabstinenten zu bedienen versucht, indem er (vage) Anleihen bei ihm macht:

»Fraglos gelten seit der Republikgründung (1922) für die Machteliten westliche Zielwerte, da die Türkei, wie auch Russland seit Peter dem Großen, Europa ähnlich zu werden bestrebt ist. Doch eine soziologische Umfrage ergab kürzlich eklatante Unterschiede in den Werthaltungen.« (Wehler 2004a: 8)

Dann folgen einige ungenaue Angaben über Differenzen politischer Einstellungen ohne Quellenangabe.

Im politikabstinenten Diskurs werden die Erhebungen der Differenzen regelmäßig mit dem Hinweis verbunden, die Politik müsse daraus selbst ihre Schlüsse ziehen. Das kann man selbstverständlich postulieren, man verlässt damit aber die soziologische Beobachterposition zu früh. Behielte man sie bei, könnte man sehen: Politikabstinenz des Autors lässt sich durchhalten, nicht aber Politikabstinenz des Textes.

4.2 Ökonomische Unterschiede

Es scheint freilich so zu sein, dass die meisten Autoren ihren kulturalistischen Argumenten nur begrenzt politische Überzeugungskraft zutrauen. Konsequenter werden darum diese Argumente mit Kosten-Nutzen-Kalkülen verknüpft. So diagnostiziert der damalige Agrarkommissar der EU, Fischler, die Türkei sei »weit mehr orientalistisch als europäisch« (*Süddeutsche Zeitung* v. 11./12.9.2004: 1), und warnt zugleich vor einer jährlichen Belastung des EU-Agrarbudgets in der Höhe von 11,3 Milliarden Euro, die durch den EU-Beitritt entstünden.⁵ Analog argumentiert Wehler: »Der überdimensionierte Dauerversorgungsfall Türkei« (Wehler 2004b: 67) werde zu einer »letalen Überforderung aller Ressourcen« (Wehler 2004a: 8) führen.

4.3 Die türkische Minderheit in der EU

Die Türkei unterscheidet sich von allen früheren Beitrittskandidaten darin, dass in zahlreichen EU-Mitgliedsländern türkisch-stämmige Minderheiten leben. Dazu kommt, dass auch andere muslimische Minderheiten Parteien dazu nötigen, in der

5 Brief Fischlers an die anderen Mitglieder der Kommission Ende Juli 2004.

Frage des EU-Beitritts der Türkei explizit Stellung zu beziehen. Folge davon ist, dass der Konflikt um den Beitritt der Türkei auf einem weit höheren innenpolitischen Konfliktniveau ausgetragen wird als andere mögliche EU-Beiträge. Allerdings scheint sich daraus keine eindeutige Stoßrichtung für/gegen den EU-Beitritt der Türkei zu ergeben. Die Konfliktlinien folgen zwar einerseits der Differenz zwischen den Lagern konservativ (christdemokratisch) versus sozialdemokratisch, dieser Konflikt aber wird von Differenzen innerhalb der Parteien überlagert.

4.4 Die geopolitische Lage

Es ist in letzter Zeit üblich geworden – sei es mit zuversichtlichem, sei es mit resigniertem Unterton –, darauf hinzuweisen, dass die Frage des EU-Beitritts der Türkei letztlich »geopolitischen Kalkülen« folgend entschieden werde. Dabei wird freilich weder ausreichend spezifiziert, worauf sich solche geopolitischen Kalküle beziehen könnten, noch wird ausreichend genau erhoben, ob denn aus den geopolitischen Kalkülen tatsächlich eindeutige Unterstützungsargumente für den Beitritt gewonnen werden. Ich sehe in der Debatte die folgenden fünf Themengruppen, die in geopolitische Kalküle eingehen. Da es sich um überwiegend bekannte Argumente handelt, reichen hier ein paar Hinweise. Neu ist nur der Kontext, in den ich sie stelle.

(a) Die Türkei als Puffer zwischen der EU und dem instabilen mittleren Osten

Das Argument bewegt sich im Rahmen des klassischen Konzepts konzentrischer Kreise, also im Rahmen der Expansionslogik der EU: »Ein Beitritt der Türkei würde Europa stärken, weil die EU damit Stabilität exportieren könnte – und das ist eine Region, die wichtig für unsere Sicherheit ist.« (Volker Rühe, *Bild-Zeitung*; zit. nach *Süddeutsche Zeitung* v. 17.9.2004: 8) Allerdings ist die Frage offen, ob es zur Erfüllung der Pufferfunktion einer Vollmitgliedschaft der Türkei bedarf.

(b) Eine EU-Außengrenze zu einer chronisch instabilen Weltregion?

»Praktisch kein Abschnitt der 2.753 km umfassenden Staatsgrenze des Landes (die Küsten nicht mitgerechnet) ist ohne Bezug zu einem Konfliktherd.« (Gumpel 2004: 304) In der Regel wird daraus das Argument abgeleitet, dass eine Vollmitgliedschaft der Türkei nicht im Interesse der EU sein kann, da dies zu einer Außengrenze zu einer chronisch instabilen Region führt (vgl. Wehler 2004b: 66; Winkler 2004; dagegen Münkler 2004: 205). Das Argument beruht im Kern auf derselben Logik konzentrischer Kreise wie das Pufferargument, aber auf der Einschätzung, dass die Sicherheit, die ein Vollmitglied Türkei bringen kann, von der Instabilität jenseits

seiner Grenzen mehr als aufgewogen wird. Diese Position impliziert, dass die Türkei nicht als Vollmitglied, sondern nur als ein der EU vorgelagertes, befreundetes Land einen wirksamen Puffer darstellen kann. Die Unbekannte in dieser Version des geopolitischen Kalküls ist freilich die Frage der dauerhaften Kooperationsbereitschaft der Türkei.

(c) Eine Brücke zur islamischen Welt

»Eine stabile, säkulare und in Europa verankerte Türkei könnte zeigen, dass Islam, Demokratie und ökonomischer Erfolg Seite an Seite existieren können.« (*Süddeutsche Zeitung* v. 18.5.2004) Bei diesem Statement des britischen Premierministers Tony Blair handelt es sich um eine Intervention gegen die weitere Vertiefung der Integration der EU, die in Gestalt eines Pro-Türkei-Arguments daherkommt. Übergeht man aber solche möglichen taktischen Implikationen und bezieht das Statement nur auf die Türkei-Frage, so ist es deshalb besonders interessant, weil hier aus der empirischen Diagnose der kulturellen Unterschiede zwischen der EU und der Türkei ein Argument für den EU-Beitritt gemacht wird. Dieses Argument wird in der Türkei-Debatte in vielen Varianten vorgetragen. Die Frage allerdings ist, wie weit das Argument realpolitisch trägt: Traditionell ist die Türkei in der arabischen Welt unbeliebt (vgl. *Das Parlament* v. 26.4.2004: 13). Ansonsten handelt es sich um eine Diskurskonstellation analog jener im Zusammenhang mit der Pufferfunktion: Die in der Debatte offene Frage ist, ob es zur Erfüllung der Brückenfunktion einer Vollmitgliedschaft bedarf (Kramer 2004a: 146).

(d) Kontrolle über die Pipelines aus der Kaspischen Region

Wenn ich recht sehe, wird dieser Aspekt der Beitrittsfrage öffentlich am wenigsten diskutiert. 1994 wurde in einem »Jahrhundertvertrag« die Erschließung der Ölreserven durch ein westliches Konsortium festgeschrieben. Die Türkei bietet für das Erdgas und Erdöl aus diesem Raum den – bis in die absehbare Zukunft – politisch relativ stabilsten Zugang zum Mittelmeer. Seit 2001 wird das Öl auf der so genannten Südtrasse durch die Türkei zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan geleitet. Der Ausbau des Pipeline-Systems steht bevor. Hier verbindet sich die Frage einer türkischen EU-Mitgliedschaft mit der Frage der Kontrolle über diese Transportinfrastruktur und damit indirekt mit der Frage der Kontrolle der Verwertung der Erdgas- und Erdölvorkommen im vorderasiatischen Raum. Dieser Problembereich steht in engem Zusammenhang mit der Positionierung der EU gegenüber den USA und der Rolle der Türkei dabei.

(e) *Die Türkei zwischen der EU und den USA*

Die Türkei hat traditionell ein spezielles Verhältnis zu den USA, woraus sich nach 1989/90 »in aller Stille ein Dreier-Bündnis zwischen der Türkei, Israel und den USA« (Öztürk 2004: 25) entwickelte. Ein EU-Beitritt der Türkei entfaltet Wirkungen in diesem Dreierbündnis ebenso wie im Verhältnis zwischen der EU einerseits und den USA und Israel andererseits. Dazu kommt, dass mit dem Irak-Krieg (vgl. Kramer 2004b) und der starken Orientierung der Türkischen Außenpolitik auf den EU-Beitritt sich die »Dreiecksharmonie« abgeschwächt hat. Mit einem EU-Beitritt der Türkei tritt zugleich die EU in ein Arrangement ein, welches bisher das Verhältnis zwischen den USA und der Türkei maßgeblich geprägt hat: »Militärstützpunkt gegen den Irak, Modellstaat für andere islamische Staaten und Transitland zur Ausbeutung der Energiequellen der Kaspischen Region.« (Öztürk 2004: 26) Daraus ergeben sich neue Abstimmungsnotwendigkeiten zwischen der EU und den USA samt der hohen Wahrscheinlichkeit von Interessenkonflikten. Die EU/USA/Türkei-Konstellation passt damit in das allgemeinere Muster von Rivalitäten zwischen den USA und der EU um Einfluss in der näheren und weiteren EU-Peripherie (dem »New Europe« in der früheren Terminologie des US-Verteidigungsministers Rumsfeld) und insbesondere in der Mittelmeer-Peripherie der EU. Entsprechend gibt es Anzeichen, dass die Position der Türkei zur Frage USA oder EU sich jener der Neumitglieder und der Kandidatenländer annähert (vgl. Vobruba 2005). Man möchte nicht vor die Wahl gestellt werden. »Amerika oder Europa? Das ist für uns nicht die Frage.« (Der AKP-Politiker Saban Disli, *Financial Times Deutschland* v. 28.1.2004)

5. Politische Relevanz

Welche dieser Argumente sind geeignet, von den beteiligten Akteuren als relevant für Macht haben/nicht haben angesehen zu werden? Um dieser Frage nachzugehen, unterscheide ich drei Akteurstypen, die im Rahmen politischer Logik handeln und ordne sie drei politischen Ebenen zu, aus denen sich Bedingungen für das Anstreben, die Reproduktion und den Ausbau von »Machtüberlegenheit« ergeben.

Es sind dies: (a) Nationale politische Eliten und insbesondere politische Parteien auf der Ebene des Nationalstaats, also der Mitgliedsländer der EU. Hier geht es um den Gewinn von Wahlen und um Unterstützung durch starke Interessengruppen. (b) Konkurrierende Staaten auf der Ebene der EU und des internationalen Systems. Hier geht es um die machtmäßige Positionierung innerhalb der EU und im internationalen System. (c) Konkurrierende Staaten und die EU auf der Ebene des interna-

tionalen Systems. Hier geht es um die Positionierung der EU in Relation zu anderen Weltmächten, insbesondere den USA und um ihr Verhältnis zur islamischen Welt. Merke: Es ist kein Fehler in dieser Systematik, dass die EU einmal als politischer Akteur und einmal als politische Ebene auftritt, sondern dies liegt am Status der EU zwischen Bundesstaat und Staatenbund.

(a) Die nationale Ebene

Die Reproduktionsbedingungen politischer Macht ergeben sich auf der nationalen Ebene aus den Regeln der parlamentarischen Demokratie einerseits und aus Unterstützung durch starke Interessengruppen andererseits. Auf dieser Ebene von Politik sind Argumente in dem Maße relevant, in dem die Parteien den Wählern Artikulationsmöglichkeiten ihrer Einstellungen zum Beitritt der Türkei eröffnen. Das Ergebnis ist uneindeutig.

(b) Die EU-Ebene

Auf dieser Ebene werden mit dem Votum für oder gegen den Beitritt völlig unterschiedliche Intentionen verfolgt. Dies hängt davon ab, welche Rolle der Widerspruch zwischen Erweiterung und Vertiefung in EU-bezogenen Kalkülen der einzelnen Mitgliedsstaaten spielt und als wie gravierend der Widerspruch zwischen Erweiterung und Vertiefung eingeschätzt wird.

Die Positionen: Eindeutig für den Beitritt der Türkei, weil gegen die Vertiefung im Interesse der Wahrung nationaler Souveränität ist Großbritannien. »The Blair government had campaigned hard for enlargement as an antidote to integration.« (Keyder 2004b: 79) Jenseits dieser taktischen Nutzung des Widerspruchs von Erweiterung und Vertiefung gibt es eine große Bandbreite an Argumenten für den Beitritt trotz der Gefahren für die Vertiefung. Als je komplizierter die Überwindung des Widerspruchs zwischen Erweiterung und Vertiefung angesehen wird, umso weniger entschieden sind diese Befürwortungen. Insgesamt finden wir hier also Befürwortung aus unterschiedlichen – beinahe entgegengesetzten! – Motiven, und eine Bandbreite von bedingten Befürwortungen bis Ablehnung. Das Ergebnis ist wieder uneindeutig, aber mit Tendenz zur Befürwortung des Beitritts.

(c) Die Ebene der Weltpolitik

»Das Europa, das die Türkei einschließt, müßte Weltpolitik treiben.« (Meier 2004: 37)
Hier geht es um die Positionierung der EU in Relation zu anderen Weltmächten, insbesondere den USA und um ihr Verhältnis zur islamischen Welt.

Der Beitritt der Türkei zur EU stärkt die weltpolitische Rolle der EU, bringt aber Komplikationen in ihrem Verhältnis zu den USA. Prinzipiell ergeben sich daraus Gründe für oder gegen die Mitgliedschaft, je nachdem, was man als wichtiger einschätzt. Sobald jedoch dieses Argument um den Aspekt angereichert wird, dass die EU ohnehin nicht darum herumkommt, zunehmend Verantwortung auf weltpolitischem Niveau zu übernehmen, und dass das Verhältnis EU – USA ohnehin dabei ist sich zu verkomplizieren, ändert sich seine Stoßrichtung: Unter dieser Bedingung erscheint die EU-Mitgliedschaft der Türkei als Voraussetzung für die angemessene Ausfüllung einer machtpolitischen Rolle der EU auf der Ebene von Weltpolitik.

Das Verhältnis zum Islam. Auf dieser Ebene werden kulturelle und religiöse Differenzen zwischen der EU und der Türkei als entscheidender Vorteil gesehen. Das gilt sowohl für die Vorbildfunktion der Türkei bei der Vereinbarkeit von Islam und (westlicher) Demokratie als auch für ihre Brückenfunktion zur islamischen Welt. Daraus ergeben sich im gegenwärtigen Diskurs ausschließlich Argumente pro Beitritt.

Das Ergebnis: Die Argumente, die mit Blick auf den weltpolitischen Kontext vorgebracht werden, werden zu politischen Ursachen für den Beitritt der Türkei zur EU.

6. Abgestufte Integration

Der Theorieansatz, den ich zur Untersuchung der Frage nach der Wahrscheinlichkeit einer künftigen EU-Mitgliedschaft der Türkei herangezogen habe, besteht aus zwei Strängen:

Es geht um den Antrieb und die Logik der Expansionsdynamik und um die Ursachen und Manifestationen des zunehmenden Widerspruchs zwischen Vertiefung und Erweiterung der EU.

Erstens hat die Durchsicht der machtpolitischen Argumente in der Beitrittsdebatte den hohen Stellenwert des Motivs, den wohlhabenden Kern abzusichern, und des Motivs, möglichst keine direkte Außengrenze zu einer Problemregion zu haben, gezeigt. Daraus ergibt sich die Fortsetzung des Musters konzentrischer Kreise. Zweitens hat die Beobachtung der Debatte ergeben, dass bei der politischen Abarbeitung diverser – wirtschaftlicher und sonstiger – Differenzen zwischen der Türkei

und der EU Kosten erwartet werden, welche die transnationale Umverteilungsbe-reitschaft überfordern. Es ist darum zu erwarten, dass sich das Integrationsmuster der EU von ihrer Expansionsdynamik löst. Die Konsequenz ist: Da sich das Muster konzentrischer Kreise nicht mehr via Expansion reproduzieren kann, wendet es sich nach innen. Das führt zu unterschiedlich tief integrierten Teilen der EU, also zu abgestufter Integration (vgl. Vobruba 2005). Drittens werden – in dem Rahmen, der durch diese beiden Faktoren definiert wird – normative Argumente eine Rolle spielen: Die lange Wartezeit, die der Türkei gemachten Versprechungen, die in den Kopenhagener Kriterien enthaltene Selbstverpflichtung, die Rücksichtnahme auf den Stolz der Türkei. Dies spricht für eine längerfristige, aber sichere Perspektive auf Vollmitgliedschaft.

Die Verbindung dieser drei Argumente läuft auf die folgende Schlussfolgerung hinaus, zu welchem Ergebnis die »Integration trotz Differenz« führen wird: Die Türkei wird in mittlerer Zukunft EU-Mitglied werden, aber sie wird eine Vollmitgliedschaft zu deutlich abgesenkten Konditionen erlangen. Das ist der Grund dafür, dass die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei wirklich Verhandlungen sein werden. Caglar Keyder (2004a: 290) entwirft dies als »optimistisches Szenario« so: »Imperien benötigen Peripherien, und die variable Geometrie konzentrischer Kreise, die für die EU vorgeschlagen worden ist, wäre mit dieser Art von peripherer Inkorporation vereinbar.« Die Tendenz zu einer abgestuften Integration wird im Falle der Türkei besonders augenfällig werden, aber bis der EU-Beitritt der Türkei in zehn oder zwölf Jahren aktuell ist, wird das Muster abgestufter Integration in der EU ohnehin längst dominant geworden sein.

Literatur

- Adorno, Theodor W. u.a. (1972), *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Neuwied.
- Brunn, Gerhard (2002), *Die Europäische Einigung*, Stuttgart.
- European Commission (1992), »Europe and the Challenge of Enlargement«, *EC Bulletin*, Supplement 3.
- Gerhards, Jürgen (2004), »Europäische Werte – Passt die Türkei kulturell zur EU?«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 38, S. 14–20.
- Große Hüttmann, Martin (2005), »Die Türkei ist anders als Europa: Die öffentliche Debatte um einen EU-Beitritt der Türkei in Deutschland«, in: Giannakopoulos, Angelos/Maras, Konstantinos (Hg.), *Die Türkei-Debatte in Europa. Ein Vergleich*, Wiesbaden, S. 35–47.
- Gumpel, Werner (2004), »Die Türkei zwischen den Konfliktstaaten«, in: Leggewie, Claus (Hg.), *Die Türkei und Europa. Die Positionen*, Frankfurt a.M., S. 303–316.
- Habermas, Jürgen (2001), *Zeit der Übergänge*, Frankfurt a.M.

- Heidenreich, Martin (2003), »Regional Inequalities in the Enlarged Europe«, *Journal of European Social Policy*, Jg. 13, H. 4, S. 313–333.
- Jäger, Lorenz (2004), »Auf allen Karten abseits. Europa und die Türkei: Die Unlogik der Beitrittsverhandlungen«, in: Leggewie, Claus (Hg.), *Die Türkei und Europa. Die Positionen*, Frankfurt a.M., S. 29–31.
- Keyder, Caglar (2004a), »Die Türkei zwischen Europa und Amerika«, in: Leggewie, Claus (Hg.), *Die Türkei und Europa. Die Positionen*, Frankfurt a.M., S. 274–290.
- Keyder, Caglar (2004b), »The Turkish Bell Jar«, *New Left Review*, 28, July/August, S. 65–84.
- Kramer, Heinz (2004a), »EU-kompatibel oder nicht? Zur Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union«, in: Leggewie, Claus (Hg.), *Die Türkei und Europa. Die Positionen*, Frankfurt a.M., S. 141–149.
- Kramer, Heinz (2004b), »Die Türkei nach dem Irakkrieg. Außen- und innenpolitische Folgen«, in: Leggewie, Claus (Hg.), *Die Türkei und Europa. Die Positionen*, Frankfurt a.M., S. 296–302.
- Matschke, Klaus-Peter (2004), *Das Kreuz und der Halbmond. Die Geschichte der Türkenkriege*, Düsseldorf.
- Meier, Christian (2004), »Wo liegt Europa? Historische Reflexionen aus gegebenem Anlass«, in: Leggewie, Claus (Hg.), *Die Türkei und Europa. Die Positionen*, Frankfurt a.M., S. 32–38.
- Münkler, Herfried (2004), »Warum der EU-Beitritt der Türkei für Europa wichtig ist«, in: Leggewie, Claus (Hg.), *Die Türkei und Europa. Die Positionen*, Frankfurt a.M., S. 204–207.
- Öztürk, Asiye (2004), »Das Entstehen eines Macht-Dreiecks. Ankara auf dem Weg nach Washington, und Tel Aviv«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 33–34, S. 25–31.
- Said, Edward W. (2003/1978), *Orientalism*, London.
- Schmidt, Helmut (2004), »Sind die Türken Europäer? Nein, sie passen nicht dazu«, in: Leggewie, Claus (Hg.), *Die Türkei und Europa. Die Positionen*, Frankfurt a.M., S. 162–166.
- Vobruba, Georg (1992), »Eigennützige Hilfe – Nachholende Modernisierungsprozesse und Interessenverflechtungen zwischen Ost und West«, in: Nissen, Sylke (Hg.), *Modernisierung nach dem Sozialismus*, Marburg, o.S.
- Vobruba, Georg (2001), *Integration + Erweiterung. Europa im Globalisierungsdilemma*, Wien.
- Vobruba, Georg (2005), *Die Dynamik Europas*, Wiesbaden.
- Wehler, Hans-Ulrich (2004a), »Verblendetes Harakiri: Der Türkei-Beitritt zerstört die EU«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 33–34, S. 6–8.
- Wehler, Hans-Ulrich (2004b), »Die türkische Frage. Europas Bürger müssen entscheiden«, in: Leggewie, Claus (Hg.), *Die Türkei und Europa. Die Positionen*, Frankfurt a.M., S. 57–69.
- Winkler, Heinrich August (2004), »Soll Europa künftig an den Irak grenzen?«, in: Leggewie, Claus (Hg.), *Die Türkei und Europa. Die Positionen*, Frankfurt a.M., S. 271–273.